

Vorlage Nr.: 10281/2023

12.06.2023

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Spandau,

Mit Antrag
auf direkte
Ausschusssberatung

die AfD-Fraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung und vorab auf die Tagesordnung des Kreistagsausschusses für Wirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung und Mobilität zu nehmen:

Antrag AfD-Fraktion

Resolution zur Europäischen Verordnung zu Pflanzenschutzmitteln

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Landkreises Gießen begrüßt und befürwortet die zahlreichen Initiativen und Resolutionen auf der Ebene der Länder und der Kreistage zur Nachbesserung des Verordnungsentwurfes der EU-Kommission für die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und unterstützt diese ausdrücklich. Dies umfasst insbesondere die Überarbeitung der Gebietskulisse für empfindliche Gebiete und das bisher vorgesehene Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmittel in diesen Gebieten.

Der Kreisausschuss und Frau Landrätin Schneider werden gebeten, mit allem Nachdruck bei der Hessischen Landesregierung, den hessischen Europaabgeordneten, den hessischen Bundestagsabgeordneten und der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass der Entwurf zur „Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115 zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der EU“ nicht in der vorliegenden Fassung beschlossen wird und Rechtskraft entfaltet. Das gilt insbesondere für das ausnahmslose Verbot, Pflanzenschutzmittel auf sogenannten empfindlichen Gebieten zu verwenden.

Alle Beteiligten werden aufgefordert, sich für eine fachlich-, sachlich- und praxisgerechte Verordnung einzusetzen, die den berechtigten Interessen der Landwirte und sonstigen Betroffenen, wie z. B. Winzer, Obstbauern usw. Rechnung trägt, damit sowohl deren betriebliche Existenz als auch die Pflege und der Erhalt der Kulturlandschaft nicht gefährdet werden. Alle Beteiligten werden darüber hinaus aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln nicht zu einer signifikanten Minderung von Ernteerträgen und damit zu einer Gefährdung der Nahrungsmittelversorgung führt.

Alle Beteiligten werden aufgefordert, sich für die Beibehaltung des Subsidiaritätsprinzips einzusetzen.

Begründung:

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit seit der Veröffentlichung des Entwurfes vom 22. Juni 2022 gab es bereits eine Vielzahl gleichlautender Initiativen von Kreistagen und Parteien in Hessen. Der



hessische Landtag und die Landesregierung haben sich bereits auch schon mit der vorliegenden Thematik auseinandergesetzt. Daher ist es sinnvoll, den Antrag zeitlich und hinsichtlich der Adressaten zu aktualisieren und anzupassen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "J. Bauer".

Jörn Bauer
Fraktionsvorsitzender

Beschluss des Kreistag vom:

Die Vorlage wird - mit Zugabebeschluss -
genehmigt - nicht genehmigt - zurückgestellt

Zur Beglaubigung